Fraktion DIE LINKE.
(Antrag Nr. 2356/2012)

Eingereicht am 17.10.2012 um 12:20 Uhr.

Ratsversamlung 15.11.2012

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu einem Gutachten über Hinrich-Wilhelm-Kopf

Antrag:
gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Die Ratsversammlung möge beschließen:
Die Landeshauptstadt Hannover gibt zusammen mit dem Land Niedersachsen ein fachliches Gutachten über die Rolle des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopfs in der NS-Zeit in Auftrag, auf dessen Grundlage dann über eine mögliche Umbenennung des Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platzes und der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Schule entschieden werden kann.

Begründung:
Neue Forschungsergebnisse zu Hinrich Wilhelm Kopf geben Anlass zu weiteren Nachforschungen. Die Göttinger Politikstudentin Teresa Nentwig hat im Rahmen ihrer Doktorarbeit kritische Hinweise auf die NS-Vergangenheit Kopfs gefunden: Er sei während des Zweiten Weltkriegs „an der Enteignung und Aussiedlung der polnischen Bevölkerung beteiligt“ gewesen. Laut Pressebericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 18. Januar 2012 war Kopf in Ost-Oberschlesien eingesetzt, nach dem Polen-Feldzug musste er für die „Haupttreuhandstelle Ost“ das Vermögen der dort lebenden Polen verwalten. Dieser „Dienstverpflichtung“ hätte er sich laut Nentwig 1941 entziehen können, „er habe aber von sich aus auf einer Fortsetzung der Tätigkeit bestanden“. Außerdem gäbe es „einen Vermerk, in dem er darum bittet, in der Buchhaltung nur „politisch zuverlässige“ Mitarbeiter einzusetzen“, worüber sich sogar Kopfs Vorgesetzte gewundert haben.

In einer Erklärung aus der frühen Nachkriegszeit bestreitet Kopf wider besseres Wissen seine Tätigkeit in der oben genannten Treuhandstelle. Außerdem liegt Nentwig eine interne Bewertung der britischen Besatzungsmacht vor, die an der Wahrhaftigkeit der Angaben Kopfs in seinem Lebenslauf zweifelt. Zusätzlich gibt es ergänzende Informationen des Wissenschaftlers Stefan Glienke. (Bericht in der HAZ vom 15.10.2012 „ Landtag forscht nach brauen Flecken“)

Aufgrund dieser Widersprüche und Unklarheiten müssen Kopfs Tätigkeit in der Haupttreuhandstelle Ost und sein Verhalten während der Nazizeit untersucht werden. Entsprechend den Grundsätzen der Landeshauptstadt zur Benennung von Straßen, die eine Namensgebung nach Personen, die „aktiv an einem Unrechtssystem“ mitgewirkt haben, ausschließt, könnte ein fachliches Gutachten zur Rolle Kopfs in der NS-Zeit gegebenenfalls Grundlage für entsprechende Umbenennungen sein.

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 17.10.2012